



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 5/16

### I. Das Wichtigste zuerst

#### 1. Ein bitterer Sonntag

Unser Abschneiden am Sonntag war eine riesige Enttäuschung für alle, die bis zum Schluss für ein gutes Ergebnis der CDU mitgekämpft haben. Ich möchte allen für ihren Einsatz danken. Trotz besserer Inhalte und eindeutig besserer Kandidaten hat die CDU erheblich an Zustimmung verloren. Sehr gefreut habe ich mich über den Einzug von Felix Schreiner und Dr. Patrick Rapp in den Landtag. Wir brauchen sie und ihre Arbeit dringender denn je. Mit großem Bedauern nahm ich zur Kenntnis, dass es für Dr. Klaus Schüle nicht gereicht hat.

Ich sehe das Erstarken einer Partei, die offen anti-demokratische Positionen vertritt, mit großer Sorge. Solange es uns nicht gelingt, die Flüchtlingskrise dauerhaft zu lösen, werden sich die Menschen aus Protest und Angst weiter von den etablierten Parteien abwenden. Allein die Flüchtlingspolitik für das schlechte Ergebnis verantwortlich zu machen, ist aus meiner Sicht allerdings zu kurz gegriffen. Ich bin froh, dass die Landespartei weiterhin geschlossen bleibt, würde mir allerdings wünschen, dass man für eine selbstkritische und reflektierte Auseinandersetzung offen bleibt. Wir müssen die CDU wieder zukunftsfest machen. Dies erfordert insbesondere Mut und Durchhaltevermögen. Ich lasse mir trotz des katastrophalen Ergebnisses nicht die Freude an der politischen Arbeit nehmen. Für mich ist und bleibt die CDU der Motor, der richtige Antworten und Lösungen auf schwierige politische Fragen gibt. Wir dürfen uns nicht ausruhen, denn die

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!*

*Das Behindertengleichstellungsgesetz war Gegenstand einer Debatte und meiner 10-minütigen Rede diese Woche im Plenum. Das Gesetz ist ein voller Erfolg und eine Weiterentwicklung des Behindertenrechts. Wir passen den Behinderungsbegriff an den Wortlaut der Behindertenrechtskonvention an, stärken die Leichte Sprache und verbessern die Barrierefreiheit (S. 2).*

*Das wichtigste Instrument der Verkehrsinfrastrukturplanung des Bundes, der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2016-2030, wurde am Mittwoch vom Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) in Berlin vorgestellt. Unter die Zufriedenheit mischte sich aber auch Enttäuschung darüber, dass der Falkensteigtunnel im BVWP nicht enthalten ist (S. 2).*

*Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auch in diesem Jahr zu einer gemeinsamen Kundgebung vor dem Brandenburger Tor eingeladen (S. 3). Auch wenn das Gebot des gleichen Entgelts von Frauen und Männern für gleiche und gleichwertige Arbeit seit über 50 Jahren geltendes Recht ist, beträgt die statistische Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern, bezogen auf das durchschnittliche Stundenentgelt, immer noch 21 Prozent.*

*Herzliche Grüße und frohe Ostern  
Ihre*

*Gabriele Schmidt*



nächste Wahl steht bereits vor der Tür. Die Bundestagswahl im Jahr 2017 wird zeigen, ob die CDU es schafft, das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Dafür kämpfe ich mit aller Kraft.

## 2. Bundesverkehrswegeplan und Öffentlichkeitsbeteiligung



Mit großer Spannung haben wir auf die Veröffentlichung des Bundesverkehrswegeplanes gewartet. Die größte Einzelmaßnahme in Baden-Württemberg der Abschnitt Schwörstadt bis Tiengen ist als zweispurige Fahrbahn im Vordringlichen Bedarf (VB). Auch die Ortsumfahrungen Grimmelshofen und Oberlauchringen sowie der Freiburger Stadttunnel konnten diese große Hürde nehmen. Ich freue mich sehr, dass Projekte finanziell abgesichert sind und endlich realisiert werden können. Wenn das noch notwendige Gesetzgebungsverfahren voraussichtlich Ende dieses Jahres abgeschlossen ist, muss mit diesem Rückenwind aus Berlin die konkrete Planung weiter zügig vorangetrieben werden. Nur dann kann auch schnell gebaut werden. Wenn die Länder ihre Verantwortung wahrnehmen und zügig die rechtlichen Voraussetzungen für den Bau schaffen, wird der

Bund das Seine dazu beitragen und die notwendigen Gelder zur Verfügung stellen.

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat erstmals die detaillierte Bewertung aller Straßenprojekte im Internet veröffentlicht. In den nächsten sechs Wochen kann jeder Bürger zur Bewertung der Projekte Stellung nehmen. Gegenstand der Öffentlichkeitsbeteiligung ist der Entwurf des [BVWP 2030](#) und der dazugehörige [Umweltbericht](#). Ab dem 21. März gelangt man zum Projektinformationssystem PRINS. Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist kein Abstimmungsverfahren. Es erfolgt daher keine Aufrechnung zwischen unterstützenden und ablehnenden Stellungnahmen.

## 3. Rede im Bundestag zum Behindertengleichstellungsrecht

Das Kernstück des Behindertengleichstellungsgesetzes ist die Herstellung von Barrierefreiheit in gestalteten Lebensbereichen. Das Gesetz verpflichtet Träger öffentlicher Gewalt, insbesondere Bundesbehörden, zu denen auch die Verwaltung des Deutschen Bundestages und die Bundesgerichte (soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit ausüben) zählen, zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Barrierefreiheit. Wir stärken weiter das Benachteiligungsverbot von Frauen und Mädchen mit Behinderungen wegen mehrerer Gründe und nehmen das Verbot von Mehrfachdiskriminierungen auf.



Die Herstellung von Barrierefreiheit in gestalteten Lebensbereichen ist ein zentrales Element des Behindertengleichstellungsgesetzes. Es verpflichtet Träger öffentlicher Gewalt, insbesondere Bundesbehörden, zu denen auch die Verwaltung des Deutschen Bundestages und die Bundesgerichte (soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit ausüben) zählen, zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Barrierefreiheit. Wir stärken weiter das Benachteiligungsverbot von Frauen und Mädchen mit Behinderungen wegen mehrerer Gründe und nehmen das Verbot von Mehrfachdiskriminierungen auf.

Die Rede zum Nachschauen finden Sie [hier](#).

## II. Die Woche im Parlament (Auszug)

**1. Bericht zum Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen und zur Wohnungsbauoffensive.** Das im Koalitionsvertrag vorgesehene Bündnis, welches mit den Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, der Wohnungs- und Bauwirtschaft und weiteren Akteuren geschlossen wurde, nimmt eine wichtige Rolle bei der Stärkung des Wohnungsbaus ein. Die Empfehlungen sind Grundlage des von der Bundesbauministerin vorgelegten 10-Punkte-Plans, der zu mehr Wohnungsbau führen soll. Der Bund setzt mit einem Maßnahmenbündel aus Baulandbereitstellung, steuerlichen Anreizen, Novellierung von baurechtlichen Vorschriften zur Vereinfachung sowie finanziellen Mitteln zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus die Rahmenbedingungen für die Wohnungsbau-Offensive und unterstützt damit die Länder und Kommunen bei der Bewältigung und Umsetzung dieser Aufgabe.

**2. Gesetz zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus.** Vor allem in den Ballungsgebieten ist es aufgrund der gestiegenen Wohnungsnachfrage und steigenden Mieten für immer mehr Haushalte schwierig, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wir haben daher in erster Lesung die Einführung einer zeitlich befristeten Sonderabschreibung in Höhe von insgesamt 35 Prozent für Neubauten mit Bauanträgen in den Jahren 2016 bis 2018 beraten. Dadurch soll der private Mietwohnungsneubau im unteren und mittleren Preissegment in Gebieten mit angespannter Wohnungslage gefördert werden.

## III. Sonstiges

### „Equal Pay Day“ – Gespräch mit dem Handelsverband Deutschland (HDE) e.V.

Die Teilnahme an der jährlich stattfindenden Kundgebung zum „Equal Pay Day“ am Brandenburger Tor ist für mich zu Tradition geworden. Leider ist die Entgeltlücke nahezu konstant und größer als in den meisten EU-Ländern. Das wollen wir ändern. In dieser Legislaturperiode wurde für die Entgeltgleichheit und die Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben bereits viel geleistet, u.a.:



(Bild: Heribert Jöris und Gabriele Schmidt)

Gesetzlicher Mindestlohn: 3,7 Millionen Beschäftigte im Niedriglohnbereich, davon zwei Drittel Frauen, profitieren unmittelbar.

Ausbau der Kindertagesbetreuung: wird weiter fortgesetzt. Das ElterngeldPlus wurde eingeführt und die Familienpflegezeit verbessert. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Rechtsanspruch auf Rückkehr aus Teilzeit in die frühere Arbeitszeit wird folgen.

In diesem Zusammenhang fand ein Gespräch mit dem zuständigen Geschäftsführer beim Handelsverband Deutschland e.V. Heribert Jöris diese Woche statt. Das Thema war das geplante Entgeltgleichstellungsgesetz, welches derzeit vom Bundesfamilienministerium überarbeitet wird.

## IV. Aktuelle Termine/Hinweise

### 1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 19. April, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

### 2. Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis (Auswahl):

- |                     |  |
|---------------------|--|
| <b>21. März:</b>    | • CDA Bezirksausschusssitzung, Donaueschingen  |
| <b>31. März:</b>    | • Spendenübergabe Frauen- und Kinderschutzhaus Kreis Waldshut e.V.   |
| <b>1. April:</b>    | • Jubiläumsfeier ACO, Erzingen   |
| <b>4./5. April:</b> | • Delegationsreise des Ausschusses für Arbeit und Soziales nach Österreich   |
| <b>6. April:</b>    | • Vorstandssitzung Frauen- und Kinderschutzhaus Kreis Waldshut e.V.  |
| <b>7. April:</b>    | • Jahreshauptversammlung donum vitae, Waldshut   |
| <b>8. April:</b>    | • Gespräch zwischen CDU und CVP, Gemeinschaftszollanlage Waldshut-Tiengen<br>• Kommunalpolitische Exkursion nach Küssaberg der CDU Jestetten |
| <b>10. April:</b>   | • Generalversammlung des Vereins Jung und Alt e.V., Mauchen  |